

Dokumentation und – ein bisschen – Wegweiser

Manchmal sind es Äußerlichkeiten, die vom Wandel der Zeiten und vom Aufstieg von Institutionen zeugen. Nimmt man in diesem Sinne den Jahresbericht 2005 der Europäischen Zentralbank zur Hand, so hat dessen nunmehr achte Ausgabe gegenüber dem ersten echten Vorläufer aus dem Jahre 1998 (vorher hatte schon das Europäische Währungsinstitut berichtet) eindeutig an Gewicht gewonnen. Das dokumentiert sich beileibe nicht nur an dem von 178 auf 244 Seiten deutlich angewachsenen Umfang, sondern auch an scheinbar so nebensächlichen Dingen wie der Qualität des Papiers, der Einbindung von Fotos, neuen grafischen Elementen sowie nicht zuletzt der Auflockerung der einzelnen Kapitel durch Abbildung ausgewählter Werke aus der EZB-Kunstsammlung. Solche Gestaltungsmerkmale können freilich immer nur der Anreiz zu einer gebührenden Beachtung durch die Adressaten in der Finanzwelt und der interessierten Öffentlichkeit sein. Letztlich gemessen wird der Nutzwert solcher Rechenschaftsberichte an Kriterien wie dem Informationsgehalt über abgeschlossene und laufende Projekte sowie die frühzeitige Einstimmung auf kommende Entwicklungen im Umfeld der Notenbanken. Naturgemäß kann dabei in einer gedruckten Ex-Post-Betrachtung mit entsprechend langen Produktionszeiten nicht das Tagesgeschehen an den weltweiten Finanzmärkten im Mittelpunkt stehen. Was der Leser von einem sorgfältig recherchierten und in seiner Themenauswahl wie Gewichtung wohl abgestimmten Jahresbericht erwarten darf, ist die Vermittlung eines Grundverständnisses für die zentralen Arbeitsfelder der Notenbank.

Mit dem Wechsel im Präsidentenamt von Wim Duisenberg zu Jean-Claude Trichet hat sich der im Frühjahr 2004 erschienene Jahresbericht 2003 nicht nur in der Aufmachung geändert, sondern er ist auch in der inhaltlichen Gliederung gestrafft worden. Kapitel 1 bleibt traditionell der Wirtschaftsentwicklung und Geldpolitik vorbehalten und liefert nach wie vor eine ausführliche Erläuterung der geld- und währungspolitischen Entscheidungen der abgelaufenen Periode. Es folgen dann Betrachtungen zu den Zentralbankgeschäften und -aktivitäten (Kapitel 2), zu Finanzmarktstabilität und Finanzmarktintegration (Kapitel 3) sowie zu den Europäischen und internationalen Beziehungen (Kapitel 4). Und gut ein Drittel des aktuellen Jahresberichtes bleiben schließlich der Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament (Kapitel 5), der Öffentlichkeitsarbeit (Kapitel 6), dem Institutionellen Rahmen, der Organisation sowie dem eigentlichen Jahresabschluss und der Konsolidierten

Bilanz des Eurosystems vorbehalten (Kapitel 7). Dass seit nunmehr drei Jahren an dieser Abfolge festgehalten wurde, erleichtert die Arbeit mit dem Bericht.

Sofern es besondere Entwicklungen darzustellen gilt, werden dafür eigene Kapitel eingeschoben. In den vorangegangenen beiden Jahren war dies etwa bei der Erweiterung der Europäischen Union der Fall. Inzwischen gilt dieser Integrations-schritt offenbar als vollzogen. Und folglich wird diesmal über den Stand der Beziehungen und Vereinbarungen mit den Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien ebenso im Rahmen der Europäischen und internationalen Beziehungen berichtet wie über den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und dem Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. An diesem Beispiel lässt sich im Übrigen anschaulich der Nutzwert des EZB-Jahresberichtes verdeutlichen. Er bietet eine klare Dokumentation zum Stand und zum Verlauf der Beitrittsverhandlungen beziehungsweise eine gute Hinführung zu der jüngsten Stellungnahme der EU-Kommission von Mitte Mai 2006. In deren Fortschrittsbericht wird bekanntlich der festgesetzte Beitrittstermin 2007 für Bulgarien und Rumänien bei weiteren Reformanstrengungen für möglich gehalten, eine endgültige Festlegung will die Kommission aber erst im Herbst dieses Jahres treffen. Auf diesen anstehenden Zwischenbescheid im Frühjahr 2006 weist der EZB-Bericht schon hin. Und er abstrahiert dabei durch eine rückschauende und auch durchaus sanft bewertende Betrachtung von den vielen Zwischentönen der Tagesaktualität, die durch unterschiedliche Kommentierung der Ereignisse durch die verschiedenen Beteiligten und Interessengruppen beim Betrachter oft nur Verwirrung schaffen.

Die Konzentration auf das Wesentliche liefert auch die Betrachtung der Geldpolitik – das Kernstück des Berichtes: Wer sich lediglich einen raschen Überblick über die geldpolitischen Beschlüsse des abgelaufenen Jahres verschaffen will, findet das entsprechende Szenario knapp zusammengefasst. Im jüngsten Jahresbericht beispielsweise reichen vier Seiten, um die „wachsende Besorgnis über die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität“ zu erläutern, die dem EZB-Rat am 1. Dezember 2005 zu der ersten Leitzinserhöhung in der Amtszeit Trichets Anlass gab. Man kann aber auch wesentlich tiefer in die Zusammenhänge einsteigen: Wie vielschichtig die realen und monetären Einflussgrößen sind, die ständig beobachtet werden und schließlich in eine Zinsentscheidung einmünden, erfährt der geneigte Leser in der ausführlichen Analyse der „Monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung“, die rund ein Viertel des Jahresberichtes beansprucht. Unter stetiger Beobachtung des internationalen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes kommen hier so vielfältige Faktoren wie die Geldmengenentwicklung, die Liquiditätsausstattung, die Kreditvergabe an Private und Unternehmen, die Geldmarktsätze und Anleiherenditen, die Aktienkurse und die Finanzierungskosten für Kapitalgesellschaften ins Spiel. Flankierend betrachtet werden ferner die Preisentwicklung (einschließlich



der Auswirkungen höherer Energiekosten), die Produktions-, Nachfrage- und Arbeitsmarktentwicklung (einschließlich der wirtschaftspolitischen Implikationen) und nicht zuletzt die Analyse der Öffentlichen Finanzen. Und weil die Europäische Währungsunion keine Insel der Seligen ist, wird auch das europäische Umfeld mit den neuen Mitgliedsstaaten der EU aber auch Großbritannien und Schweden noch einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Von höchster Wichtigkeit für die praktische Umsetzung der Geldpolitik, so spürt man es in vielen dieser Passagen, ist der EZB die Vergleichbarkeit der statistischen Erhebungsmethoden und die konzeptionelle Basis. Der Harmonisierung statistischer Konzepte und der volkswirtschaftlichen Forschung widmet sie deshalb eigene Abschnitte des Jahresberichtes. Über die grundlegenden und spezielleren Erläuterungen zur Geldpolitik hinaus werden aber auch eine ganze Reihe von praxisrelevanten Themen aufgegriffen, die das tägliche Bankgeschäft berühren, angefangen vom Zahlungsverkehr über die Bargeldversorgung und die Finanzmarktaufsicht bis hin zu Rahmenbedingungen wie der hauseigenen Kommunikationspolitik und Corporate Governance. Zur Schaffung der gewünschten Offenheit und Transparenz über die geldpolitischen Schritte beziehungsweise als Nachweis der Effizienz der Arbeit, so hat man den Eindruck, sind die Kommunikationspolitik und die Rechenschaftslegung gegenüber dem Europäischen Parlament und der Öffentlichkeit für länderübergreifende Institutionen wie die EZB noch wichtiger als für nationale. Beidem widmet der Bericht ein eigenes Kapitel.

Dass der EZB-Jahresbericht neben der Geldpolitik auch in vielen anderen Tätigkeitsfeldern nur eine übergeordnete Betrachtung liefern kann, zeigt sich beispielsweise an den Ausführungen zum Zahlungsverkehr. Schon in seinem Vorwort weist der EZB-Präsident darauf hin, wie wichtig dem Eurosystem die Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums ist. Er spricht sich dafür aus, der Bevölkerung die Option Sepa (Single Euro Payments Area) spätestens ab 2008 zur Verfügung zu stellen und plädiert ausdrücklich für eine Einhaltung dieser Terminvorgabe. Mit dieser grundsätzlichen Einschätzung deutet Jean-Claude Trichet gleichsam schon das Ergebnis einer Stellungnahme an, die die EZB Ende April dieses Jahres, also gut zwei Monate nach dem Redaktionsschluss ihres Jahresberichtes, veröffentlicht hat. Die Notenbank begrüßt dabei in ihrem Votum für den Rat der Europäischen Union grundsätzlich die Schaffung einer Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt als entscheidenden Schritt in Richtung Sepa, empfindet den vorliegenden Entwurf mit Blick auf das neue Konzept der so genannten „Zahlungsinstitute“ aber als ergänzungsbedürftig (siehe Zentralbanken in diesem Heft). Am Zeitplan von Sepa will die EZB freilich festhalten. Konkreter Vorschlag: Gegebenenfalls soll die neue Richtlinie aufgeteilt und einer Verabschiedung der Sepa-relevanten Teile Vorrang eingeräumt werden.

Zwischen der Interessenlage der hiesigen Kreditwirtschaft und den Banken in anderen europäischen Ländern bestehen in dieser Frage bekanntlich Unterschiede (siehe Kreditwesen aktuell zu Sepa in Heft 6/2006). Deshalb ist es gerade beim Thema Massenzahlungsverkehr sehr interessant, wie denn die Deutsche Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht 2005 diese Entwicklungen kommentiert, die in ihrer Berichterstattung traditionell eine gewichtige Rolle spielen. Mit Blick auf Sepa gibt sich die Bundesbank in ihrer Analyse diesmal freilich sehr zurückhaltend und verweist lediglich auf die nachhaltige Teilnahme am politischen Meinungsbildungsprozess sowie auf die Mitarbeit in den nationalen Arbeitsgruppen des European Payment Councils und die Kooperation mit dem deutschen Kreditgewerbe im Zentralen Kreditausschuss. Und auch aus der Diskussion um den Zeitplan einer Umsetzung hält sie sich zumindest im Geschäftsbericht 2005 heraus und verweist lediglich auf ihren politischen Dialog mit den Sepa-Endnutzern, wie er im Monatsbericht Dezember 2005 veröffentlicht worden ist.

In dieser ausführlichen Abhandlung kommen die unterschiedlichen Akzente der Bundesbank und der EZB in der Tat wesentlich deutlicher zum Ausdruck: Dezent aber klar, wie es für eine überparteiliche Institution notwendig ist, wird die geplante Sepa-Markteinführung im Jahr 2008 an die Erfüllung von Bedingungen geknüpft, beispielsweise den Abschluss der Rahmenwerke zum Sepa-Lastschriftverfahren. Zentrale Lösungen, so gibt sich die Bundesbank weit weniger forsch als die EZB, dürften auf absehbare Zeit kein Modell für die europäische Integration darstellen, da sie eine strukturelle Revolution im europäischen Zahlungsverkehr darstellen „und keine Evolution der heute bestehenden effizienten Verfahren ermöglichen würden“. Auf Dauer hält die Bundesbank zwar eine Ablösung von national geprägten Systemen durch Sepa-Verfahren für unumgänglich. Sie sieht die politische Akzeptanz der diesbezüglichen Aktivitäten des Kreditgewerbes aber ernsthaft gefährdet, wenn die Kosten des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs dann deutlich über den heutigen im nationalen Bereich lägen. Zur Erinnerung: Nicht nur die hiesige Kreditwirtschaft, sondern auch die Bundesbank haben in der Vergangenheit wiederholt auf die Effizienz der hiesigen Verfahren hingewiesen.

Der EZB-Jahresbericht, so wird an diesem Beispiel deutlich, sucht in der Behandlung relevanter Themen möglichst einen gemeinsamen Nenner abseits der Partikularinteressen. In Einzelfragen kann es aber durchaus gravierende Interessensunterschiede geben. Wer sich einen aktuellen Stand über die großen Linien verschaffen will, ist deshalb mit der Darstellung gut bedient. Wer sich selbst in die Diskussion um möglicherweise kontroverse Themen einbringen beziehungsweise sich ein fundiertes Urteil bilden will, bedarf zusätzlicher Informationsquellen, aus dem Bereich anderer Notenbanken, aus der Politik, aus der Wissenschaft und aus den vielen Interessengruppen, die auf die EZB einwirken. Mo.